

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 22. Januar 2014

§ 454

Memorialsantrag Giorgio Benedetti und Unterzeichnende „Nutzung der Standseilbahn von Linthal nach Braunwald als einzige Verbindung für jedermann kostenlos“

(Berichte Regierungsrat, 26.11.2013; Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr, 17.12.2013)

Emil Küng, Obstalden, Kommissionspräsident, beantragt namens der Kommission Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Der Kommissionsbericht fiel kurz aus. Dafür gibt es Gründe: keine Wiederholung von Elementen aus dem umfangreichen Bericht des Regierungsrates; es sollte das hervorgehoben werden, was die Entscheidung der Kommissionsmitglieder begründet hat. Die Diskussionen in der Kommission waren ausgiebiger, als es der Bericht vermuten lässt. Es ist offenzulegen, dass die Kommissionsmitglieder von den Antragsstellern mit einem Argumentarium bedient wurden und dass sich der Redner mit diesen getroffen hat, um deren Anliegen besser zu kennen. Vielleicht auch wegen dem Einfluss der Antragssteller richteten die Kommissionsmitglieder viele Fragen an die Vertreter des Departements Bau und Umwelt. Diese liessen sich mit Passagen aus dem regierungsrätlichen Bericht grösstenteils beantworten. – Im Kommissionsbericht ist nochmals darauf hingewiesen, dass der Aufwand zulasten des Kantons für eine gänzlich kostenlose Nutzung der Standseilbahn von Linthal nach Braunwald erheblich ist. Es wurde deshalb diskutiert, ob allenfalls nur einzelne Nutzergruppen bessergestellt oder ganz entlastet werden können. Dies wurde nicht befürwortet, da eine solche Teillösung hohen bürokratischen Aufwand verursachen würde und nicht gerecht sei. – Nachdem die Meinung, dass Mobilität nicht kostenlos sein soll/kann/darf, in der Kommission unwidersprochen blieb, wurde am ehesten noch eine Reduktion der Fahrpreise für die Einwohner von Braunwald befürwortet. Das Departement informierte darüber, dass diese bereits von vergünstigten Tarifen profitieren können. Für 486 Franken kann eine Person mit Wohnsitz in Braunwald ein Jahresabonnement erwerben. Vor allem dieser Preis, verbunden mit der Meinung, dass Mobilität nicht gratis sein soll, führte zur Empfehlung der Kommission, wonach der Memorialsantrag abzulehnen sei. – Dank gilt den Kommissionsmitgliedern für Fragen, Beratung und Mitarbeit. Den Vertretern des Departements, angeführt von Regierungsrat Röbi Marti, ist für die Mitwirkung und die Leistung verschiedener Arbeiten in der Vorbereitung dieses Geschäfts zu danken.

Toni Gisler, Linthal, Kommissionsmitglied, geht auf den Informationsfluss zwischen Landrat und Regierungsrat ein. – Als gewählter Volksvertreter erwartet der Sprechende von der Exekutive gut vorbereitete Sachgeschäfte. Das war dieses Mal nicht der Fall. Seit Jahren wird beim Regierungsrat wegen Zahlen und Fakten zur Braunwaldbahn nachgehakt, um eine klare Entscheidungsgrundlage zu haben. Erhalten hat man nichts. An der Kommissions-sitzung gab das Departement Zahlen und Informationen bekannt. Von den Antragsstellern

hat man teilweise das Gegenteil gehört. Als Landrat von Glarus Süd fühlte sich der Redner auf den Arm genommen. Für die Zukunft wird von der Exekutive und den zuständigen Departementen erwartet, dass diese ihre Arbeit im Sinne von Land und Leuten ausführen. Nur mit genügend Informationen ist es den Volksvertretern, sei es in den Kommissionen oder im Plenum, möglich, klare Entscheidungen zu treffen.

Peter Rufibach, Riedern, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der BDP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates aus. – Hätten die Braunwalder eine Strasse, kämen die Autofahrten von Linthal nach Braunwald teurer als das heutige Tarifsysteem mit der Bahn. Die Jahresabos für eine vierköpfige Familie kosten 1720 Franken. Damit könnte die Familie mit dem Auto genau 150 Mal pro Jahr rauf und runter fahren – es müssten dann aber alle im gleichen Auto sitzen und die Frau könnte kein zweites Auto haben. Das ist genau dreimal pro Woche. – Die Bahn ist auf jeden Fall preiswerter als ein Auto. Der öV darf nun einmal nicht kostenlos sein. Wenn man meint, die Braunwalder müssen gratis fahren können, dann ist das Sache der Gemeinde: 33 Abos, die 2013 für 486 Franken gelöst wurden, 17 Jugend-Abos für 373.50 Franken und 711 Mehrfahrten-Karten für 56.10 Franken ergeben genau 62'274.60 Franken. Im Wallis gibt es eine Gemeinde, die ihre Steuerzahler gratis fahren lässt. – Es kann nicht sein, dass der Kanton 1 Million Franken bezahlt, damit alle Fahrgäste gratis nach Braunwald fahren können. Dann kämen die Weissenbergler, die Niederurner im Täli, die Gäste von Mettmen, etc. Mit diesem nicht tragbaren Antrag wird das Strukturproblem von Braunwald, wenn es denn eines gibt, nicht gelöst. Viele andere, gut erschlossene Destinationen haben ebenso grosse Einbrüche bei den Logiernächten. Das müssen die Braunwalder zusammen mit der Gemeinde Glarus Süd anpacken.

Jacques Marti, Sool, beantragt im Namen der SP-Fraktion, die Vorlage sei an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, Alternativen zum Memorialsantrag auszuarbeiten. – Braunwald war schon immer ein Spezialfall und ist es auch heute noch. Es ist unbestritten ein schöner Ort zum Wohnen. Das Leben dort stellt die Einwohner aber vor grössere Herausforderungen als jenes in den Talgemeinden. Sei dies wegen der Höhe, den zusätzlichen Kosten oder wegen fehlender Mobilität. So gesehen ist der Memorialsantrag der Braunwalder verständlich. Doch die Gratisnutzung der Standseilbahn für jedermann geht wohl zu weit. Sie ist mit erheblichen Kosten verbunden. Auch die Bedenken, dass der positive Effekt für den Tourismus umstritten ist, sind nicht ungerechtfertigt. – In Braunwald gibt es nicht nur Touristen, sondern auch Steuerzahler. Diese haben höhere Kosten und sind deshalb benachteiligt. Die Einwohnerzahl hat sich in den vergangenen Jahren verringert. Diese Entwicklung ist bedenklich. In einem Geisterdorf will niemand Ferien machen. – Hinzu kommt die Zweitwohnungsinitiative, welche für Braunwald ebenfalls negative Folgen haben wird: Es wird künftig wohl nicht mehr möglich sein, ein Ferienhaus zu bauen. Der Wohnsitz müsste dorthin verlegt werden. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob die Gratisnutzung für alle Personen mit Erstwohnsitz zu ermöglichen wäre und wie viel das kosten würde. – Die SP-Fraktion hat bereits anlässlich der Erheblicherklärung vom Regierungsrat Alternativen gefordert. Nun sind keine vorhanden, obwohl man ein Jahr Zeit hatte. Für die SP-Fraktion bestehen im vorliegenden Geschäft viele Unbekannte, etwa die Zahlen der Braunwaldbahn oder die intransparente Tarifregelung. So gesehen kann man den Memorialsantrag nicht einfach ablehnen. Die Braunwalder verdienen eine umfassendere Prüfung ihrer Anliegen.

Franz Landolt, Näfels, beantragt für die CVP/GLP-Fraktion Rückweisung der Vorlage an die Kommission. – Braunwald soll in der gleichen Tarifzone liegen können wie der Rest von Glarus Süd. Die CVP/GLP-Fraktion ist vermutlich nicht die einzige, die sich mit den Antragstellern an einen Tisch gesetzt hat und dabei feststellen musste, dass diese ursprünglich eine ganz andere Idee als die Gratisnutzung hatten. Die Braunwalder wünschten, dass sie in die gleiche Zone wie Glarus Süd kommen. Heute ist sogar noch eine Zone zwischengeschaltet. Damit kostet ein Billett von Linthal nach Braunwald retour 14.40 Franken – für eine Familie fast 50 Franken. – Die Integration in die Zone von Glarus Süd käme hauptsächlich der Glarner Bevölkerung zugute, nicht nur den Braunwaldern. Weder der Memorialsantrag noch der vorliegende Antrag der Regierung und der Kommission werden die Landsgemeinde

befriedigen können. Es liegen innovativere Ideen vor. – Eine einheitliche Zone Glarus Süd würde den Kanton 300'000 Franken kosten. Etwa dank höheren Parkgebühren in Linthal oder höheren Verkehrstaxen oder weiteren Massnahmen könnten kostenneutral Verbesserungen umgesetzt werden. Der Verkehrsbeauftragte der Baudirektion sollte das Ganze nochmals prüfen und der Kommission eine gute Idee vorlegen. – Die Kommission muss sämtliche Unterlagen zur Verfügung haben. Dazu gehören auch die Betriebszahlen der Standseilbahn. Offenbar sind diese so geheim, dass weder die Antragssteller noch die Kommission Einsicht nehmen durften. – Die Bahn darf etwas kosten. Die heutige Regelung ist aus Sicht der CVP/GLP-Fraktion aber falsch. Braunwald ist in einer schwierigen Situation. Es muss geholfen werden, vor allem auch dem Tourismus.

Andreas Schlittler, Glarus, beantragt im Namen der Mehrheit der Grünen Fraktion Unterstützung des Rückweisungsantrags der SP-Fraktion. – In den Ausführungen des Regierungsrates und der Kommission finden sich einige Argumente, die gegen den Memorialsantrag sprechen. Die Initianten konnten allerdings ebenso auf einige Punkte aufmerksam machen, die nicht ausser Acht gelassen werden sollten. So fehlen auch nach Ansicht der Grünen Angaben und Informationen über den Deckungsbeitrag für die Kosten der Braunwaldbahn. Ebenso fehlen Zahlen über Beförderung, Frequenzen und darüber, was der Kanton als Eigentümer allenfalls unter anderen Titeln in den Bahnbetrieb einschießt. Ohne diese Zahlen kann keine abschliessende Beurteilung der Situation und von diesem Geschäft gemacht werden. Deshalb spricht sich die Mehrheit der Grünen Fraktion für die Rückweisung aus. – In der Zonentarifgestaltung könnte eine Lösung gesucht und gefunden werden. Der angespannten Finanzsituation des Kantons ist man sich bewusst. Die Grünen hätten gerne eine Neubeurteilung der Situation nach der Einführung des stündlichen GlarnerSprinters im Juni 2014 und nach einer vollen Saison mit den bereits eingeleiteten Tarifmassnahmen gehabt. Das geht nun leider nicht. Das Geschäft kann nicht auf eine spätere Landsgemeinde verschoben werden. – Braunwald muss dringend einer Gesamtbetrachtung unterzogen werden. Gegebenenfalls muss finanzielle Unterstützung gesprochen werden.

Hans-Heinrich Wichser, Braunwald, spricht sich für Zustimmung zum Rückweisungsantrag Jacques Marti aus, da verschiedene offene Fragen zu diskutieren seien. – Kommission und Regierung sind gebeten, zusammen einen Gegenvorschlag zu prüfen: Im Minimum jene Zone im Ostwind-Verbund, die man bei der Gestaltung der Tarifzonen zwischen Linthal und Braunwald eingebaut hat, soll gestrichen werden. – Es ist nicht gerecht, wenn ein Billett von Linthal nach Glarus weniger kostet als eines nach Braunwald. Der Gegenvorschlag würde der Bevölkerung, dem Tourismus und allen Arbeitern, die zwischen Braunwald und Linthal pendeln, viel bringen. Wenn ein guter Gegenvorschlag auf dem Tisch liegt, können der Landrat und anschliessend das Volk entscheiden, wie viel ihnen das Wohl von Braunwald wert ist.

Rolf Hürlimann, Schwanden, an der Kommissionssitzung anwesendes Ersatzmitglied, hält fest, dass die Meinung der FDP-Fraktion ähnlich den bisherigen Voten ist. Die Fraktionsmitglieder würden sich aus verschiedenen Gründen enthalten oder allenfalls dem Rückweisungsantrag zustimmen. – Die FDP-Fraktion sagt „Nein, aber“. Aus grundsätzlichen Überlegungen kann sie dem Memorialsantrag nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion erkennt und anerkennt aber die besondere Situation und die Problemstellungen von Braunwald bezüglich Erschliessung. Die fehlende Zufahrt erschwert und verteuert die Zugänglichkeit in jeder Beziehung. Braunwald hat als Dorf und touristische Destination einen klaren Nachteil gegenüber anderen Destinationen. Dieser kann zur Existenzfrage werden. Ein konsequenter Gratisbetrieb wäre zwar vorerst ein herausragendes Verkaufsargument. Aber dieses verschwindet spätestens dann, wenn andere folgen. – Nicht glücklich ist die FDP-Fraktion mit der Vorbereitung und der Beratung dieses Geschäfts durch das zuständige Departement. Auf einen wesentlichen Teil der Begründung des Memorialsantrags – das Gebot der Rechtsgleichheit bzw. das Verbot der Diskriminierung bezüglich fehlender Strasse – geht die regierungsrätliche Vorlage praktisch nicht ein. Auch die erwähnte Ungleichbehandlung betreffend Zonen wird nicht wirklich begründet bzw. einzig mit fiskalischen Erwägungen. Übersetzt bedeutet das nichts anders, als dass in Braunwald zusätzliche Zonen geschaffen wurden,

um – willkürlich – 300'000 Franken mehr Einnahmen zu generieren. In der Vorlage fehlt auch jeglicher Ansatz für einen Kompromiss, mit dem die offensichtlichen Probleme von Braunwald zumindest punktuell gelöst werden können. – Als gänzlich unfair erlebte der Sprechende die Kommissionssitzung. Im Verlauf der Eintretensdebatte wurde informiert, dass den Einheimischen auch im System Ostwind Jahresabonnements zum halben Preis abgegeben würden. Gleichzeitig wurde klar insinuiert, die Antragssteller hätten diese Information bewusst unterschlagen, um Mitleid zu erregen. Die vorher sehr positive Stimmung zugunsten zusätzlicher Lösungen in der Kommission schlug danach sofort um. Weitere Erleichterungen waren ab diesem Zeitpunkt kein Thema mehr. Fakt ist aber, dass den Braunwaldern am Bahnschalter klar kommuniziert wurde, dass es diese Vergünstigungen unter Ostwind nicht mehr geben wird. Aus diesem Grund wurden sogar Abos vorzeitig erneuert, um noch von der alten Regelung profitieren zu können. Auch am Tag nach der Kommissionssitzung, die am 17. Dezember 2013 stattgefunden hat, war das so. Erst am Morgen des 19. Dezember 2013 wurden die Angestellten informiert. Die Frage ist, wer nun mit falschen Karten gespielt hat. – Ein weiteres Ärgernis ist die fehlende Transparenz bezüglich Rechnung, wie bereits gesagt wurde. Eine entsprechende Nachfrage vom 30. Dezember 2013 blieb bis heute unbeantwortet. – Es stellt sich nun die Frage, an wen zurückgewiesen werden soll: Es sollte der Regierungsrat sein. Ansonsten müsste zuerst die Kommission beraten, bevor sie dem Regierungsrat Aufträge gibt. Dieser würde die Vorlage dann wieder zurück in die Kommission geben. Das ist unnötiges Hin und Her.

Bruno Gallati, Näfels, Kommissionsmitglied, spricht sich gegen die Gratisnutzung aus. – Bereitschaft für eine entgegenkommende Lösung und damit Sympathie für die Rückweisung – vorzugsweise an die Kommission, allenfalls an den Regierungsrat – ist vorhanden. Wichtig ist, dass durch die Behandlung des Memorialsantrags keine anderen Nachteile erwachsen. Es muss klar sein, dass Linthal–Braunwald derzeit im GA-Bereich liegt. Wer ein GA besitzt, hat auch einen gültigen Fahrausweis für die Strecke. In der Schweiz haben 430'000 Personen ein GA. 2,3 Millionen Personen verfügen über ein Halbtax. Das sind alles potenzielle Touristen, weil es vom Fahrausweis her sehr attraktiv ist, nach Braunwald zu fahren. Es dürfen deshalb keine Massnahmen eingeleitet werden, welche diesen GA-Bereich gefährden könnten. Aufgrund von Frequenzerhebungen wird ausgerechnet, welcher Anteil an den GA-Pauschalen den Braunwaldbahnen zusteht. Das gilt auch für Tageskarten, die mit einem Halbtax gelöst werden. Daneben gibt es noch weitere solche Abos: etwa Swissspass, Gleis 7, Marschbefehl. – Die Gefahr, dass die Strecke aus dem GA-Bereich fällt, besteht, wenn die Fahrt gratis ist. Denn es wäre nicht fair gegenüber GA-Besitzern, weil diese die Strecke über die GA-Pauschale bezahlen. – Im Zusammenhang mit der Rückweisung wurde gefordert, dass auf eine Zone reduziert werden soll. Derzeit gibt es drei Zonen, wenn man von Linthal nach Braunwald fährt. Auf den ersten Blick ist das unlogisch. Jene Zone dazwischen ist eine sogenannte Transitzone. Das ist eine künstliche Tarifierhöhung aufgrund der Gegebenheiten dieser Bergbahn, welche höhere Kosten verursachen. Wenn nun der Tarif reduziert wird, hat die Fahrt nach Braunwald weniger wert. Dies kann sich wiederum auf den Verteilschlüssel bei den GA-Pauschalen auswirken. – Als prüfungswürdige Idee: Auf der Bettmeralp erhält seit 2011 jeder Einwohner, der mehr als ein Jahr dort lebt, von der Gemeinde einen Gutschein. Damit können diese ein Abo für die Fahrt von der Alp nach Bettmen lösen. Diesen Gutschein erhalten korrekterweise auch jene Personen, welche ein GA besitzen. Wobei in diesen Fällen appelliert wird, den Gutschein nicht einzulösen. So profitiert auch die Gemeinde. Auch das könnte eine Lösung sein. Sie hätte den Vorteil, dass sie keine Auswirkungen auf den GA-Bereich hätte.

Rolf Blumer, Glarus, Kommissionsmitglied, fordert Transparenz in Sachen Braunwaldbahn. – Vorhin wurde über die Baustelle Glarus Süd diskutiert, über die Verteilung der 7 Millionen Franken. Es ist erwiesen, dass es heute auch eine Grossbaustelle Braunwald gibt. Der Sprechende freut sich auf Transparenz bei der Braunwaldbahn, auf eine Vollkostenrechnung. Bei einer Wiederwahl als Landrat würde freudig auf jene Personen gewartet, welche die Konsequenzen für die Transparenz zu tragen haben. Braunwald hat nicht nur ein Bahnproblem, sondern ein Strukturproblem.

Jacques Marti konkretisiert seinen Antrag. Es soll an den Regierungsrat zurückgewiesen werden. – Es liegt dann am zuständigen Departement, das Geschäft so schnell wie möglich an die Hand zu nehmen und für die Landsgemeinde 2014 vorzubereiten.

Regierungsrat *Röbi Marti* hält fest, dass der Regierungsrat angesichts der Stimmung im Saal die Rückweisung entgegennehmen muss. Einige Dinge würden ergänzt. An der Grundhaltung ändere sich aber nichts. – Der Auftrag des Memorialsantrag lautete, eine Vorlage für die kostenlose Nutzung der Standseilbahn Braunwald auszuarbeiten. Der Memorialsantrag wurde in der Kommission relativ lange beraten. Der Kommission und ihrem Präsidenten gebührt Dank. – Die Landräte verfügen über Entscheidungsgrundlagen. Der Regierungsrat hat aufgezeigt, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel bei gleich gelagerten Verhältnissen wie in Braunwald weder für Einwohner noch für Gäste kostenlos ist. Eine Gratisnutzung bedeutet eine vollständige Finanzierung durch den Kanton, den Steuerzahler. Bereits 2010 hat die Landsgemeinde einen entsprechenden Antrag für den gesamten öV im Kanton abgelehnt. Dem Regierungsrat kann nicht unterstellt werden, er habe keine Varianten geprüft. – 2008 kamen die Braunwalder auf den Verwaltungsrat der Braunwaldbahnen zu. Sie wiesen auf die Situation in Braunwald hin. Die Anliegen wurden aufgenommen und es wurde festgestellt, dass gehandelt werden muss. Man halbierte den Preis für Jahresabonnements für Einwohner. Auch der Preis für die 17-Fahrten-Karte wurde entsprechend reduziert. Dies, nachdem der von beiden Seiten beauftragte Preisüberwacher die Preise für den Personentransport als zu hoch einschätzte. 2012 wurden 36 vergünstigte Jahresabos und rund 750 vergünstigte 17-Fahrten-Karten gelöst. Die Differenz bezahlt der Kanton. – Das günstigste öV-Abo von Glarus nach Riedern kostet 1152 Franken. Mit dem Auto würde dieselbe Strecke 1355 Franken kosten. – Wenn die Braunwalder gratis fahren sollen, dann wäre das Sache von Glarus Süd. Die finanziellen Konsequenzen wurden aufgezeigt, als der Wechsel zum Tarifverbund Ostwind geprüft worden ist. Die Aufhebung einer Zwischenzone kostet 100'000 Franken, die Integration von Braunwald in die Zone Glarus Süd 300'000 Franken. Man kann dann Kostenneutralität, etwa durch eine rentablere Parkplatzbewirtschaftung, fordern. Ungewiss, ob die Braunwalder als Tourismusdestination damit einverstanden wären. – Strassen- wie öV-Verbindungen sind nicht eigenfinanziert. Die öffentliche Hand finanziert Strassen- und öV-Erschliessung gleichermassen. Im Fall von Braunwald ist die Erschliessung durch die Standseilbahn sichergestellt – finanziert von Bund und Kanton. Die Braunwaldbahn ist abgeltungsberechtigt. Der Abgeltungsmechanismus ist sehr kompliziert. Vor drei Jahren wurde versucht, das Ganze via Medien publik zu machen. Einmal war vollständige Transparenz der Braunwaldbahn gegeben: an der Landsgemeinde 1997. Damals musste der Kanton 3,6 Millionen Franken für die Sanierung der Bahn bezahlen. Die jährlichen Kosten für ein Gratisangebot von jährlich rund 1 Million Franken sind erheblich. In der aktuellen Finanzlage des Kantons ist das sicher nicht zu verantworten.

Emil Küng hält fest, dass, wenn überhaupt, an die Regierung zurückgewiesen werden soll. Er weist darauf hin, dass die Kommission keine Reaktion auf allfällige Rückweisungsanträge habe planen können. Deshalb seien folgende Worte eher seine persönlichen als die der Kommission. – Der Einfluss der Antragssteller war sicher genug gross, dass die Rückweisung nun beschlossen wird. Der Sprechende ist dennoch der Meinung, dass der Vorlage, wie von Regierungsrat und Kommission beantragt, zugestimmt werden könne. Über Rückweisung kann an der Landsgemeinde diskutiert werden. Heute liegen so viele verschiedene Vorschläge vor, dass es in der Summe zur Rückweisung führen wird. Aber ob die Lösung über die Tarifverbundsänderung, über die Gratisnutzung für die Braunwalder oder über mehr Transparenz führen soll, ist ungewiss. Am Ende bleibt es bei dem, was heute vorgeschlagen wird. – Wie bereits gesagt: Auch das Autofahren ist nicht gratis; die Gratisnutzung der Standseilbahn Braunwald schafft ein Präjudiz für andere Orte; wenn die Gratisnutzung für Personen mit Erstwohnsitz in Braunwald kommt, dann müsste sich Glarus Süd mindestens an der Lösung beteiligen. – So willkürlich, wie das gesagt wurde, ist die Zonengestaltung auch nicht. Man könnte mit gleich gutem Recht sagen, der ganze Kanton solle eine Zone sein. Es gibt Gründe dafür, dass die Zoneneinteilung so ist, wie sie ist. Die Diskussion über zusätz-

liche Einnahmequellen wie etwa die Änderung des Parkplatzregimes konnte in der Kommission nicht geführt werden: Die Hauptfrage war, ob die Nutzung kostenlos sein soll. Die Meinung in der Kommission war eindeutig: Mobilität kostet. Damit ist die Frage beantwortet.

Abstimmung: Der Rückweisungsantrag Marti wird mit 32 zu 21 Stimmen angenommen. Die Vorlage wird an den Regierungsrat zurückgewiesen.